

Dienstag 16. Januar 2018

Nummer 787

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Katalonien: Die politische Landschaft nach der Wahlschlacht

Autor : Angel Sanchez Navarro



vertreten, obwohl eines
Regierung beteiligt ist.

[Fortsetzung](#)

Am 21. Dezember haben die Katalanen gewählt. Fast einen Monat später ist es nun möglich, erste Überlegungen zu den Ergebnissen, deren Bedeutung und den möglichen Konsequenzen anzustellen. Während in der Gesellschaft und im spanischen Parlament eine sehr große Mehrheit auf die Einhaltung der Spielregeln der Verfassung besteht, zeigte sich an den Wahlurnen, dass die katalanische Gesellschaft eine in zwei Blöcke geteilte Gemeinschaft ist. Beide Teile werden von einem zahlenmäßig ähnlich großen Bevölkerungsteil der beiden politischen Lager bereits seit fast vierzig Jahren an der

Übersicht

Wahlen : Tschechische Republik **Stiftung** : Deutsch-Französisch
Kommission : Prioritäten 2018 - Haushalt - Supercomputer - Digitales - Nachhaltige
Entwicklung **Rat der Europäischen Union** : Bulgarien - Eurogruppe - Korea/Sanktionen
Diplomatie : Iran/Atom - Irak **Gerichtshof** : Marokko **EU-Rechnungshof** : Regionen
Deutschland : Koalition **Österreich** : Frankreich **Bulgarien** : Antikorruption
Frankreich : Italien - China **Italien** : Gipfel/Südeuropa **Polen** : Beziehungen/EU -
Umbildung **Rumänien** : Regierung/Rücktritt **Großbritannien** : Umbildung
Slowenien : Kroatien **Schweden** : NATO **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Handel **Berichte /
Studien** : Auswirkungen/Brexit **Kultur** : Ausstellung/Wien - Ausstellung/Paris -
Design/Köln

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Milos Zeman und Jiri Drahos werden in der zweiten Runde der tschechischen
Präsidentenwahl gegeneinander antreten



Der scheidende tschechische Staatspräsident Milos Zeman (Partei der
Bürgerrechte, SPOZ) gewann mit 38,56% der Stimmen die erste Runde
der Präsidentenwahlen am 12. und 13. Januar. Er wird Jiri Drahos
(unabhängig), ehemaliger Präsident der Akademie der Wissenschaften
gegenüber treten. Dieser erhält Unterstützung durch die Christlich-Demokratische
Union (KDU-CSL), die Zentristische Partei von Pavel Belobradek und die Partei der
Bürgermeister und Unabhängigen (STAN), eine Partei unter der Führung von Petr
Gazdik. Der zweitplatzierte Drahos erhielt 26,60% der Stimmen und wird während der
zweiten Runde am 26. und 27. Januar gegen Zeman antreten. Die Wahlbeteiligung
betrug 61,92%... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

35. Verleihung des Deutsch-Französischen Journalistenpreises



Der Deutsch-Französische Journalistenpreis (DFJP) wird am Mittwoch, den 4. Juli 2018, in der ZDF-Zentrale in Berlin verliehen. Er zeichnet jährlich Autoren oder Redakteure aus, die mit ihren Berichten zu einem besseren Verständnis der deutsch-französischen Beziehungen beitragen. Der Preis wird in mehreren Kategorien verliehen: Video, Audio, Schreiben, Multimedia und junge Talente. Die Registrierung findet auf der DFJP-Website zwischen dem 15. Januar und dem 1. März 2018 statt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Institutionelle Prioritäten für 2018 und Haushalt



Am 10. Januar einigte sich das Kollegium der Kommissionsmitglieder auf die institutionellen Prioritäten des Jahres 2018. Dazu gehören die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, die Sicherung der Außengrenzen, die Revision des Asylsystems, die Reform des Schengen-Systems, die Vollendung des digitalen Binnenmarkts und die Annäherung an den Westbalkan. Auch wurde eine Orientierungsdebatte über den EU-Haushalt nach 2020 durchgeführt... [Fortsetzung](#)

Beginn der Haushaltsplanung für die Zeit nach dem Brexit



"Wir stoßen an die Grenzen unserer Möglichkeiten", warnte Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, am 8. Januar auf einer Konferenz in Brüssel, die den Beginn einer Debatte über den nächsten "mehrjährigen" Finanzrahmen von 2021-2027 markierte... [Fortsetzung](#)

[Fortsetzung](#)

Kommission will 1 Mrd. EUR in europäische Weltklasse-Supercomputer investieren



Die Europäische Kommission gab am 11. Januar ihren Plan bekannt, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten in den Aufbau einer europäischen Supercomputer-Infrastruktur zu investieren. Die Summe wird durch die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten finanziert. Supercomputer werden benötigt, um die immer größeren Datenmengen zu verarbeiten und entfalten ihren Nutzen für die Gesellschaft in vielen verschiedenen Bereichen, von der Gesundheitsversorgung über erneuerbare Energien und Fahrzeugsicherheit bis hin zur Cybersicherheit... [Fortsetzung](#)

Die überarbeitete Richtlinie über Zahlungsdienste (PSD2) tritt in Kraft



Mit der überarbeiteten Richtlinie über Zahlungsdienste (PSD2), die seit dem 13. Januar in Kraft ist, sollen die Zahlungsdienste in Europa, zum Nutzen von Verbrauchern und Unternehmen, modernisiert werden... [Fortsetzung](#)

[Fortsetzung](#)

Nachhaltiger Entwicklungsansatz



Das multilaterale hochrangige Gremium der Kommission zur EU-weiten Überwachung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung trat am Mittwoch, 10. Januar, erstmals zusammen. Es bringt die drei Dimensionen - wirtschaftliche, soziale und ökologische - einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang und setzen sich für konkrete Ziele für die nächsten 15 Jahre ein... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Beginn der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft



Am 11. Januar hielt der Präsident der Europäischen Kommission eine Rede in Sofia anlässlich der Feierlichkeiten zum Start des bulgarischen Ratsvorsitzes. JC Juncker nutzte die Gelegenheit und erinnerte daran, dass Bulgarien "eine Brücke zwischen der Europäischen Union und ihren Nachbarn", insbesondere dem westlichen Balkan, sein müsse. Abschließend sagte er, dass "Bulgariens Platz in Schengen und in der Eurozone ist"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Mario Centeno ist neuer Präsident

Der neue Präsident der Eurogruppe ist der Portugiese Mario Centeno. Am 13. Januar trat er seine Position an. Er will in seiner Amtszeit die Reformen der Eurozone vorantreiben... [Fortsetzung](#)



Einfrierung von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen gegen Nordkorea



Der Rat der Europäischen Union hat am 8. Januar angekündigt, dass er seine Listen von nordkoreanischen Einzelpersonen und Organisationen, die Sanktionen unterliegen, an die jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrats angleicht. Letzteres wurde am 22. Dezember 2017 als Reaktion auf die kontinuierlichen Aktivitäten der Demokratischen Volksrepublik Korea (DPRK) im Bereich Kernwaffen und ballistische Raketen angenommen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Iran: EU will Nuklearabkommen stärken



Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens haben sich am 11. Januar in Brüssel mit der Hohen Vertreterin Federica Mogherini und ihrem iranischen Amtskollegen getroffen, um erneut darauf zu verweisen, wie wichtig es ist, den Iran-Nuklearvertrag umzusetzen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neue Strategie für den Wiederaufbau des Irak



Am 8. Januar haben die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Kommission eine Gemeinsame Mitteilung angenommen, in der sie eine Strategie der Europäischen Union zur Unterstützung des Iraks bei der Bewältigung der vielen Herausforderungen nach dem vollständigen Gebietsverlust von Da'esh vorschlagen. Federica Mogherini, Christos Stylianides und Neven Mimica wollen sicher stellen, dass man den Wiederaufbau voran treibt und eine stabile Regierung gebildet wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gerichtshof :

Fischereiabkommen mit Marokko



Im Jahr 2006 unterzeichneten die Europäische Union und Marokko ein Fischereiabkommen, jedoch beschwerte sich die unabhängige Nicht-Regierungs-Organisation Western Sahara Campaign, weil das Abkommen auch auf von Marokko besetzte Gebiete und die Gewässer der Westsahara erstreckte. Am 10. Januar hat der Generalanwalt des Gerichtshofs der Union seine Schlussfolgerungen veröffentlicht, in denen er die Rechtmäßigkeit des Fischereiabkommens in Frage stellt und erklärt, dass es eine Verletzung der Achtung des Rechts der Bevölkerung der Westsahara auf Selbstbestimmung gab und deshalb die Frage der Rechtmäßigkeit des Fischereiabkommens in Frage gestellt werden kann... [Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

Die Hilfe für europäische Regionen muss gezielter werden



Am 11. Januar hat der Europäische Rechnungshof einen Sonderbericht "Gemeinsame Hilfe bei der Vorbereitung von Projekten in den europäischen Regionen" veröffentlicht (Jaspers-Initiative). Die Prüfer des Hofes empfehlen der Kommission, sich "stärker in die strategische Planung der Jaspers-Initiative einzumischen, damit sie aufgegeben werden kann, wenn ihre Hauptziele erreicht werden"... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Einigung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen



Am 12. Januar einigten sich die CDU/CSU- und die SPD-Parteiführungen darüber, dass sie Verhandlungen zur Bildung der Bundesregierung aufnehmen werden. Die Mitglieder der SPD werden sich jedoch bei einer Abstimmung am 21. Januar in Bonn entscheiden müssen, ob die Partei dieser künftigen "Großen Koalition" angehören soll... [Fortsetzung](#)

Österreich :

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz trifft den französischen Präsidenten Emmanuel Macron



Für seine erste offizielle Auslandsreise reiste der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz am 12. Januar, zu einem Arbeitessen mit dem Präsidenten der Französischen Republik, Emmanuel Macron, nach Paris. Dieses Arbeitessen bot die Gelegenheit, sich mit der Migrationspolitik der Union, der Sicherheit Europas, der Wirtschaftspolitik und der Notwendigkeit, die Europäische Union demokratischer zu machen, auseinanderzusetzen... [Fortsetzung](#)

Bulgarien :

Das bulgarische Parlament lehnt das Veto des Präsidenten zum Anti-Korruptionsgesetz ab



Das bulgarische Parlament hat am 12. Januar ein Veto abgelehnt, das der Präsident der Republik gegen ein von der Europäischen Kommission empfohlenes Antikorruptionsgesetz erlassen hatte. Die Ablehnung des Vetos durch das Parlament verpflichtet den Präsident das Gesetz zu erlassen, so will es die Verfassung des Landes... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Frankreich und Italien arbeiten an einem Transalpinen Vertrag



Der Präsident des Italienischen Rates und der Präsident der Französischen Republik wollen die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern weiter vertiefen. Der "Quirinal" -Vertrag wäre somit das transalpine Gegenstück zu den Verträgen, die zwischen Paris und Berlin bereits existieren. Frankreich und Italien arbeiten an einem bilateralen Vertrag zur Förderung der Zusammenarbeit, bestätigte der italienische Premierminister, Paolo Gentiloni, am 11. Januar nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Emmanuel Macron reist nach China



Für seinen ersten offiziellen Besuch im Jahr 2018 reiste Emmanuel Macron vom 8. bis 10. Januar nach China. Während seiner Rede im Grand Palais in China sagte der französische Präsident: "China und Frankreich haben die Berufung, vielen globalen Herausforderungen zu begegnen, wie dem Klimawandel oder dem Kampf gegen den Terrorismus. Er hoffte, dass die neue Seidenstraße nicht hegemonial sondern auf Gegenseitigkeit beruhen werde... [Fortsetzung](#)

Italien :

4. Gipfel der südlichen Länder der EU



Die Staats- und Regierungschefs Zyperns, Spaniens, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Maltas und Portugals trafen sich am 10. Januar in Rom zum vierten Gipfeltreffen der südlichen Länder der Union . Sie einigten sich auf eine gemeinsame Politik zur Bewältigung der Krise die durch die Migrationsströme hervorgerufen wird und unterstützten auch die Einführung transnationaler Listen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament... [Fortsetzung](#)

Polen :

Treffen zwischen Jean-Claude Juncker und Mateusz Morawiecki



Der Präsident der Europäischen Kommission und der polnische Premierminister haben am 9. Januar in Brüssel gemeinsam zu Abend gegessen. In einer gemeinsamen Erklärung sagten, sie hätten über viele Fragen diskutiert, einschließlich der Frage der Rechtsstaatlichkeit in Polen, auch wenn im Hintergrund immer noch die Gefahr der Auslösung von Artikel 7 gegenüber Warschau besteht. Es wurde vereinbart, dass sich die beiden Anführer Ende Februar wieder treffen werden, um "ihre Diskussion fortzusetzen"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Regierungsumbildung in Polen

Am 9. Januar hat der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki seine Minister für Verteidigung, Außenpolitik, Umwelt, Gesundheit und Digitalisierung entlassen. Antoni Macierewicz und Witold Waszczykowski wurden durch Mariusz Blaszczak und Jacek Czaputowicz ersetzt. Die



Umbildung ist ein Versuch von Morawiecki, der seit einem Monat im Amt ist, die angespannten Beziehungen zwischen Warschau und Brüssel zu verbessern... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Rücktritt von Premierminister Mihai Tudose



Der rumänische Premierminister Mihai Tudose trat am 15. Januar zurück. Diesen Schritt erachtete er als unumgänglich, nachdem er einen Streit mit Liviu Dragnea, dem Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei (PSD), nicht beilegen konnte. "Ich gehe erhobenen Hauptes", sagte er nach einem Treffen der PSD-Beamten, die ihre Unterstützung für ihn zurückzogen. Der Rücktritt muss jedoch noch vom Mitte-Rechts-Präsidenten Klaus Johannis gebilligt werden... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Regierungsumbildung in Großbritannien



Premierministerin Theresa May ging am 8. Januar nach dem Rücktritt des stellvertretenden Premierministers Damian Green Ende Dezember zu einer Kabinettsumbildung über. David Lidington, bisher Justizminister, nimmt Green's Posten ein. Die Ministerien für Bildung, Justiz und Nordirland werden jetzt von Damian Hinds, David Gauke und Karen Bradley geleitet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien :

Territorialstreit zwischen Kroatien und Slowenien: Versuch einer europäischen Mediation



Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, schlug am 8. Januar eine Mediation zwischen Slowenien und Kroatien vor, die das internationale Schiedsverfahren ablehnen, mit dem Ljubljana die Souveränität über die kleine Bucht von Piran in der Adria verliehen wurde. Im Juni hat der Ständige Schiedshof in Den Haag mehr als zwei Drittel der Piran-Bucht an Slowenien vergeben, um einen Streit zu beenden, der vor 25 Jahren, nach dem Zerfall Jugoslawiens, begann... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schweden :

Besuch des NATO Generalsekretärs in Schweden



Der NATO-Generalsekretär reiste am 14. Januar nach Sälen, Schweden, zu einer Konferenz für internationale Sicherheit. Schweden nutzte die Veranstaltung, um zu verkünden, dass man bald einen wichtigen Beitrag zum NATO-Budget leisten werde. In seiner Rede erinnerte Jens Stoltenberg daran, dass sich die NATO angesichts der Sicherheits Herausforderungen in einer Übergangsphase befindet, und forderte eine enge Zusammenarbeit zwischen den nördlichen Ländern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Die Arbeitslosenzahlen in Europa sinken



Eurostat veröffentlichte am 9. Januar die Arbeitslosenzahlen für November 2017, die in der Europäischen Union bei 7,3% liegen. Dies ist der niedrigste Stand seit Oktober 2008. Im Euroraum sind es 8,7%. Dies ist ebenfalls der niedrigste Stand, der seit Januar 2009 im Euroraum verzeichnet wurde... [Fortsetzung](#)

Leistungsbilanzüberschuss von 69,4 Milliarden €



In einer am 11. Januar veröffentlichten Erklärung stellt Eurostat die Leistungsbilanzüberschüsse der Europäischen Union im dritten Quartal 2017 in Höhe von 69,4 Mrd. EUR oder 1,8% des BIP dar. Die Bilanz bei den Dienstleistungen summierte sich auf einen Überschuss von 46,5 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Brexit: Kein Deal führt zum Verlust von 500 000 Jobs in Großbritannien



Ein am 11. Januar vom Cambridge Econometrics Institute im Auftrag des Londoner Bürgermeisters Sadiq Khan veröffentlichter Bericht analysierte fünf mögliche Brexit-Szenarien. Im Falle eines No-Deals könnte das Vereinigte Königreich bis 2030 Investitionen in Höhe von fast 50 Milliarden Pfund Sterling und 500.000 Arbeitsplätze verlieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Ausstellung "Wien 1900 Klimt - Moser - Gerstl - Kokoschka" im Leopold Museum



Das Leopold Museum in Wien präsentiert vom 18. Januar bis 10. Juni die Ausstellung Wien 1900, die Klimt, Schiele, Moser, Gerstl und Kokoschka gewidmet ist und künstlerische Veränderungen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zeigt. Gerade in dieser Zeit findet ein nahtloser Übergang vom Symbolismus zum Expressionismus statt... [Fortsetzung](#)

Drucke von Antoni Clavé



Die Nationalbibliothek von Frankreich BnF veranstaltet bis zum 25. Februar eine Ausstellung, die den Drucken des Malers Antoni Clavé gewidmet ist. In Rot, Schwarz und Weiß zeigen diese Drucke, im Großformat, die ganze Kreativität von Clavé, der die Arbeit am Material sowohl technisch als auch stilistisch erforscht... [Fortsetzung](#)

Internationale Ausstellung für Design und Interior Design in Köln



Bis zum 21. Januar präsentiert die Internationale Design- und Interior Design Show (IMM) 2018 neue Innovationen auf der Kölner Messe. 1200 Aussteller bieten jedem die Chance, originelle Ideen für kreatives Innendesign zu finden... [Fortsetzung](#)

Agenda :



15. bis 18. Januar
Straßburg
Parlamentssitzung des Europäischen Parlaments



22. Januar
Brüssel
Rat "Auswärtige Angelegenheiten"; Treffen der Eurogruppe

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ;
Salomé Hénon-Cohin, Aurélien Pastouret, Félicia Schröder,
Romain Vadans, Jean-Baptiste Welschinger
Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}